

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN im Rat der Stadt Monheim am Rhein

Haushaltsrede 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Gäste,

es scheint langsam zur schönen Gewohnheit zu werden, an dieser Stelle über einen Haushaltsentwurf zu diskutieren, der, anders als in den meisten anderen Kommunen, nicht nach einem Streichquartett, sondern nach einem Wunschkonzert klingt.

Natürlich würden wir Grünen an manchen Stellen andere Schwerpunkte und hinter manche Ausgaben ein Fragezeichen setzen, können aber vielen Inhalten des Entwurfs zustimmen - nicht zuletzt, da viele Projekte auf grüne Anträge und Anregungen zurückgehen.

Zunächst ein paar Anmerkungen zu verschiedenen Projekten - bewusst weniger zu Themen, zu denen weit gehende Einigkeit in diesem Haus besteht, sondern zu einigen kontroversen Punkten, dazu aber etwas ausführlicher:

Der Wald am Mona Mare wird als solcher nicht mehr lange Bestand haben. Die Kindertagesstätte an dieser Stelle haben wir zu Anfang mit getragen, gerade da sie eben nach ursprünglicher Darstellung im Wald entstehen sollte. Durch die auch von uns Grünen gemeinsam mit dem Naturschutzbund Deutschland und anderen Parteien vorgebrachten Einwände und Proteste werden in der aktuellen Planung immerhin einige wertvolle Bäume erhalten - ein Wald ist das nicht mehr.

Das Kindergarten- Konzept „ein Haus für jede Gruppe“ führt zu einer Maximierung der Oberfläche, die unter energetischen Gesichtspunkten nicht zu vertreten ist. Zumindest muss man offen sagen, dass die energetische Optimierung anderen Aspekten geopfert wurde und nicht so tun, als handele es sich um ein energetisches Sahneteilchen. Bei dieser Darstellung der Verwaltung handelt es sich um eine Täuschung - selbst wenn diese nicht bewusst erfolgt sein sollte. Nervös macht mich, dass ich die Mogelpackung bei diesem Thema aus beruflichen Gründen leicht erkennen kann, bei anderen Themen aber vielleicht nicht.

Auf den Vorschlag, den Klimaschutzmanager in die Planungen der städtischen Um- und Neubauten frühzeitig einzubeziehen, musste ich mir sagen lassen, das sei nicht seine Aufgabe. Warum denn nicht?

Zum einen sollte es selbstverständlich sein, in Zeiten des zu erheblichen Teilen durch CO₂ hervorgerufenen Klimawandels gerade öffentliche Gebäude möglichst energie- und damit auch CO₂- effizient auszuführen - zum anderen ist damit ein Vorbild für die privaten Haushalte verbunden. Und das zu schaffen ist ganz eindeutig Aufgabe des Klimaschutzmanagers.

Leider ist auch sonst zumindest öffentlich von der Umsetzung des Klimaschutzkonzepts nicht viel wahrzunehmen. Sieht man von der Woche der Sonne, in der pikanterweise das Verbot von Fotovoltaik-Anlagen in der Altstadt beschlossen wurde, und der Einführungsveranstaltung zur nicht nur energetischen Sanierung des Berliner Viertels ab. Diese Veranstaltung war sehr ernüchternd, denn es wurde mehr über wild geparkte Einkaufswagen als über konkrete Energiesparmaßnahmen diskutiert. Um festzustellen, dass das Viertel knapp 50 Jahre nach seiner Errichtung energetisch nicht im besten Zustand ist, braucht man kein teuer bezahltes Gutachten. Interessant ist, wie das schnell und effektiv geändert werden kann - und dazu war wenig zu erfahren.

Laut einem Presseartikel in der vergangenen Woche war die LEG mit ihrem eigenen Konzept offensichtlich schneller und will ca. 1/3 ihrer Wohnungen sanieren, vor Allem energetisch. Da stellt sich die Frage, warum offensichtlich die Stadt mit eigenem Personal und externen, sicher

nicht kostenlosen Gutachtern und die Eigentümer parallel an verschiedenen Konzepten zum gleichen Thema arbeiten. Warum stimmt man sich nicht vorher ab?

Dringend erforderlich ist auch eine Optimierung des Heizungssystems, vor Allem auch von dessen Finanzierung. Grundsätzlich kann Fernwärmeversorgung sinnvoll sein - aber nicht, wenn die Energie offensichtlich ineffektiv erzeugt, durch schlecht gedämmte Leitungen in die Häuser transportiert und zu überhöhten Preisen und undurchsichtig abgerechnet wird. Mir als Energieberater fällt schwer, eine solche Abrechnung zu durchschauen. Wie soll dies dann einem Laien gelingen?

Wie sagte unlängst Landrat Hendele: "Es ist doppelt so teuer eine Wohnung in Monheim zu beheizen als in Ratingen".

Nach unserer Überzeugung gehört zu einer Verbesserung des Berliner Viertels weiterhin auch dessen Anbindung an die Innenstadt. Die derzeitige tunnelartige Unterführung ist städtebaulich eine Trennung und keine Verbindung. Wie bereits mehrfach von uns vorgeschlagen, ist eine ebenengleiche Verbindung mit Schaffung eines großzügigen innerstädtischen Platzes unter Einbeziehung des Post-Geländes eine bessere und durchaus realistische Lösung.

Bislang konnten wir für diesen Vorschlag keine Mehrheit finden - aber das galt ja auch für die Prüfung, ob ein Neubau für die Bibliothek nicht die funktional und energetisch wesentlich bessere Lösung ist als der Versuch einer Optimierung im Bestand. Im letzten Kulturausschluss wurde beschlossen, auch einen Neubau als Option für die Zukunft der Bibliothek zu untersuchen. Geht doch! Aber warum wurde jahrelang so getan, als sei unsere Idee völlig abwegig?

Dann sollte auch das Gebäude der VHS in die Überlegungen einbezogen werden, um ein attraktives und zeitgemäßes Kulturzentrum für alle Bürgerinnen und Bürger entstehen zu lassen.

Die Barrierefreimachung des VHS-Gebäudes ist ja noch nicht realisiert, anders als die Sanierung des auf Grund der fladenartigen Bauform großflächigen Flachdaches der Bibliothek. Man sollte dies als Chance verstehen, zu einer wirklich sinnvollen Gesamtlösung zu kommen.

Natürlich ist auch bei einer solchen Investition die Liquidität im Rahmen eines Gesamtkonzeptes im Auge zu behalten, wozu ich später noch kommen werde.

Zu einem beispielgebenden Projekt im Berliner Viertel kann das Neubaugebiet „Unter den Linden“ auf dem Gelände der ehemaligen Hauptschule werden. Hier sollen neue Wohnformen in ökologischen Gebäuden und mehr Grünflächen als Verkehrsflächen entstehen. Neue Wohnformen sind nach unserer Überzeugung nicht nur für junge Familien und Paare, der laut Vorlage zum Planungsausschuss wesentlichen Zielgruppe des Vorhabens, interessant und wichtig. Gerade Senioren würden teilweise lieber in Wohngemeinschaften in barrierefreien Häusern gemeinsam mit anderen Generationen leben als allein oder in Seniorenwohnanlagen in kleinen Zimmern.

Hierzu bietet das Projekt beste Chancen, ebenso wie das parallel geplante „Sophie-Scholl-Quartier“ auf dem Gelände der ehemaligen Geschwister-Scholl-Schule. Hierbei kommt allerdings in Erinnerung, dass dort ein funktionierendes Schulgebäude abgerissen wird und knapp 2 km entfernt eine Schule aufwendig umgebaut wird.

In beiden Gebieten soll je Wohnung ein Auto- und ein Fahrradstellplatz gefordert werden. Erforderlich wäre mindestens ein Fahrradstellplatz pro zu erwartendem Bewohner, denn auf ein Fahrrad passen naturgemäß weniger Nutzer als in ein Auto. Ein Auto-Stellplatz pro Wohnung ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung, darf aber nicht dazu führen, dass dann Autos, für die Stellplätze fehlen, im öffentlichen Raum herum stehen. Vielmehr muss damit einher gehen, dass Radfahren, öffentlicher Nahverkehr und Car-Sharing so attraktiv werden, dass tatsächlich weniger Autos vorhanden sind.

Zur Realisierung sowohl der genannten Neubaugebiete als auch der Sanierung des Berliner Viertels sollte die Gründung einer Wohnungsbau-Genossenschaft oder auch einer städtischen

Wohnungsbaugesellschaft sehr ernsthaft geprüft werden, wie von uns Grünen bereits mehrfach vorgeschlagen.

Mit großem Interesse verfolgen wir die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes, das auf Initiative der Grünen entstanden ist. Hier begrüßen wir als einen der ersten Schritte die Öffnung aller Einbahnstraßen in Gegenrichtung, auch diese von uns angestoßen.

Völlig unverständlich ist in diesem Zusammenhang, dass Monheim sich - anders als andere Städte des Kreises - nicht an der Aktion Stadtradeln beteiligt hat. Die Kosten wären im Rahmen der Kreis-Teilnahme minimal gewesen, Medien zur Öffentlichkeitsarbeit waren vorhanden und die Presse hätte über unsere gut aufgestellte Pressestelle hervorragend einbezogen werden können. Eine verpasste Chance. Jetzt soll im nächsten Jahr teilgenommen werden, dann aber als eigene Monheimer Aktion und wieder nicht gemeinsam mit dem Kreis. Warum eigentlich?

Für uns Grüne werden auch in Zukunft die Themen Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und damit verbunden auch eine klimafreundliche Siedlungs-, Verkehrs- und Energiepolitik zentrale Anliegen und Aktionsfelder sein - auch vor dem Hintergrund unserer Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zu dynamischen Groß- und Kleinstädten.

Dazu gehört auch unser gerade im Zuge der Haushaltsplanberatung gestellter Antrag auf Versorgung aller städtischen Gebäude mit Ökostrom, dem der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt hat.

Wir werden auch weiterhin mit entsprechenden Initiativen die Monheimer Politik aktiv mit gestalten.

Unverständlich ist sowohl für uns Grüne als auch für alle Bürgerinnen und Bürger und übrigens auch Besucher, mit denen ich als Kommunalpolitiker und Anlieger gesprochen habe, dass im Zuge der Umgestaltung des alten Marktes alle Akazien gefällt werden sollen. In neueren Plänen sind ja immerhin ein paar davon oder zumindest Bäume an der gleichen Stelle wieder vorgesehen. Wir sehen durchaus, dass im Zuge der Planung vielleicht nicht jede einzelne Akazie zu erhalten ist. Teilweise sollen sie ja auch durch auf die Dauer größere Bäume ersetzt werden. Aber wir sehen absolut keinen Grund, und auch bestimmt nicht die Sichtachse Richtung Rheinvorland, alle Akazien zu fällen. Im Gegenteil: Die Akazien rahmen den auch jetzt schon äußerst attraktiven Blick hervorragend ein.

Dass auf dem alten Markt selbst das Pflaster im Rahmen der Umgestaltung und der Änderung des Höhenverlaufs durch ein typisches Altstadt-pflaster ersetzt werden soll, können wir nachvollziehen. Der Mehraufwand mag dort auch überschaubar sein. Warum aber gleich die ganze Altstadt neu gepflastert werden soll, erschließt sich uns nicht. Das vorhandene Pflaster ist nicht alt, in gutem Zustand und wird von Bürgerinnen und Bürgern geschätzt. Wir haben viel über sinnvolle Investitionen gesprochen, aber die Neupflasterung der gesamten Altstadt gehört sicher nicht dazu.

Wir haben eine Liquiditätsrücklage zu bilden und nichts zu verschenken.

Der offene Ganztag verbindet Bildung und Betreuung gut miteinander. Viele Eltern möchten aber ihre Kinder bis zum Mittag gut und verlässlich in der Schule betreut wissen und sich nachmittags selbst mit ihren Kindern beschäftigen, was mit Sicherheit auch für die Kinder sehr wertvoll sein kann.

Diese Möglichkeit, Familie und Beruf miteinander zu verbinden, wird bald in Monheim nicht mehr bestehen. Wenn kein Bedarf da wäre, wäre das in Ordnung. Aber Verwaltung und Mehrheitsfraktion weigern sich beharrlich, dies ernsthaft zu untersuchen - aus Angst vor dem Ergebnis?

Auch in diesem Jahr haben sich zahlreiche Bürger im Rahmen der Online-Bürgerbeteiligung in die Haushaltsdiskussion eingebracht. Diese auf unsere Initiative zurück gehende Beteiligung ist wichtig und sinnvoll, aber nach unserer Überzeugung ausbaufähig. Politik und Verwaltung

sollten hier überlegen, wie noch mehr Bürgerinnen und Bürger motiviert und einbezogen werden können. Denkbar sind hier z.B. Informationsveranstaltungen und intensivere Pressearbeit. Bisher wurde eher verhalten auf diese Möglichkeit zur aktiven Teilnahme an der Haushaltsdiskussion hingewiesen.

Anders als diese Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung findet die Bearbeitung der Unterlagen zu den Rats- und Ausschusssitzungen bislang weitgehend auf Grundlage stattlicher Papierstapel statt. Dass die Unterlagen in Zukunft komfortabel digital bearbeitet werden können, begrüßen wir grundsätzlich.

Nach unserer Überzeugung darf aber niemand durch diese Umstellung finanziell belastet oder in seiner Arbeitsweise eingeschränkt oder schlimmstenfalls vom bürgerschaftlichen Engagement ausgeschlossen werden.

Auch im Kreis und im Landschaftsverband Rheinland werden Geräte finanziert und Ausdrucke bei Bedarf zur Verfügung gestellt.

Da wir Grünen auch über die Grenzen Monheims hinaus und auf die Auswirkungen der „großen Weltpolitik“ auf unsere Stadt sehen, haben wir vor einigen Monaten beantragt, dass der Stadtrat eine Resolution gegen das Freihandelsabkommen TTIP verabschiedet, wie dies in anderen Kommunen bereits geschehen ist, und sich damit auch gegen dessen Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung wehrt.

Unverständlicherweise erklärte sich die Mehrheit der Ratsmitglieder für nicht zuständig bzw. für nicht berechtigt, sich dazu zu äußern. Man kann sich natürlich in vorseilendem Gehorsam auch selbst beschränken.

Unsere Vorstellung mündiger Politik ist das nicht!

Auch Monheim hat eine große Zahl von Asylsuchenden und Flüchtlingen aufgenommen. Ich danke der Verwaltung, vor Allem auch den zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die die Menschen unterstützen und sich für sie einsetzen, von ganzem Herzen.

Wir freuen uns, dass der Rat der Stadt einstimmig eine Resolution beschlossen hat, mit der wir die Flüchtlinge bei uns willkommen heißen und Bedenken eine Absage erteilt haben.

Zur Integration gehört auch, dass sich die Flüchtlinge wie jeder andere mit einer Gesundheitskarte direkt zum Arzt begeben können, anstatt sich zuvor von einer städtischen Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter bestätigen lassen zu müssen, dass sie wirklich ärztliche Hilfe benötigen.

Monheim ist die erste Stadt in Nordrhein-Westfalen, die von dieser Möglichkeit Gebrauch macht - auf Antrag der Grünen. Ein kleiner, aber wichtiger Schritt in Richtung Normalität für Menschen, die sich bei uns ein besseres Leben erhoffen.

Grundlage unserer erfreulichen Finanzlage ist, wie wir alle wissen, der niedrigste Gewerbesteuerhebesatz in Nordrhein-Westfalen, der viele hoch profitable Firmen nach Monheim lockt.

Und dieser Satz soll jetzt erneut gesenkt werden - um weitere 20 Prozentpunkte

Einen Grund, wie es vor 2 Jahren angeblich die Solidaritätsumlage war, gibt es jetzt nicht und wir sollen trotzdem absenken. Warum?

Sicher, wir stehen im internationalen Wettbewerb - auch mit unseren Nachbarn Niederlande und Österreich, in denen die Steuerlast von Unternehmen bei insgesamt 25% liegt. In Monheim liegt sie bei 25,8%, bei 265% Gewerbesteuer-Hebesatz noch bei 25,1%. Die magische 25%-Hürde unterbieten wir damit immer noch nicht. Und ob sich Unternehmen tatsächlich wegen nicht mal einem Prozent weniger Steuern hier niederlassen, darf bezweifelt werden.

Apropos „niederlassen“. Klingt nach dauerhafter Sesshaftwerdung, ist es aber nicht, denn gerade die Unternehmensteile, die ihren Sitz wegen der geringen Steuern nach Monheim verlegen, sind äußerst flexibel und schnell wieder weg, wenn es ihre Situation erfordert - flexible Einheiten eben.

Und zurück bleiben die Probleme, die sich aus dem ungesunden Verhältnis zwischen unserem niedrigen tatsächlichen und dem fiktiven Gewerbesteuerhebesatz ergeben. Dieser ist Grundlage für die Berechnung der Kreis- und Solidaritätsumlage. Auch die Gewerbesteuerumlage ist anteilig umso höher, je niedriger der Gewerbesteuerhebesatz ist

Insbesondere, da die Grundlage der Kreisumlage ca. 1 ½ Jahre rückwirkend ermittelt wird, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit eines Tages erhebliche Zahlungen zu einem Zeitpunkt fällig, zu dem nicht mehr entsprechend viel Gewerbesteuer fließt. Und dann heißt es „Monheim, wir haben ein Problem.“

Um dieses Problem zu mildern, haben wir vor 2 Jahren die Ansparung einer entsprechenden Rücklage beschlossen. Die nach damaligem Stand erforderlichen 140 Mio. € wurden bis heute nicht erreicht.

Ganz im Gegenteil, die Rücklage wäre bereits in diesem Jahr gesunken, wenn die Einnahmen nicht höher als kalkuliert eingetroffen wären.

In den nächsten Jahren wird die liquide Rücklage aber laut mittelfristiger Finanzplanung dramatisch absinken, bis 2019 laut Haushaltsplan auf ca. 30 Millionen Euro, selbst unter Einbeziehung der mittlerweile bekannten Mehreinnahmen aus diesem Jahr auf 50 - 60 Millionen. Erforderlich zur Absicherung der zeitversetzten Fälligkeit der Kreisumlage wären bei den Zahlen laut Haushaltsplan 2016 ca. ca. 185 Mio.. Es fehlen dann also ca. 130 Mio. - selbst für Monheim eine Menge Geld - vor Allem, wenn es nicht mehr vorhanden ist.

Normalerweise ist es zweifellos sinnvoll, Geld in Bildung, Immobilien, Infrastruktur zu investieren, anstatt es zu Minimalzinsen herum liegen zu lassen - aber die derzeitige Situation unserer Stadt ist eben nicht normal, sondern birgt auch das Risiko eines Einbruchs der Gewerbesteuer in sich. Je höher die Differenz zwischen dem Monheimer und dem fiktiven Gewerbesteuerhebesatz wird, desto größer wird das Risiko.

Und deshalb ist eine hohe Liquiditätsrücklage für uns kein Luxus, sondern eine zwingende Konsequenz aus unserer Gewerbesteuerpolitik.

Auch vor dem Hintergrund z.B. vom Bundesfinanzminister angeregter grundsätzlicher Änderungen der Gemeindefinanzierung tun wir gut daran, uns nicht unnötig weit von der üblichen Zusammensetzung z.B. aus Gewerbe- und Einkommensteueranteilen zu entfernen. Die Letzteren sind in Monheim nämlich eher unterdurchschnittlich.

Wir haben also nichts zu verschenken, wie der Bürgermeister in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses völlig zu Recht bemerkte. Wir müssen bei jeder Investition, und sei sie noch so sinnvoll, Erhalt und Steigerung der Liquidität im Auge behalten.

Und ganz sicher sollten wir nicht gleichzeitig die erforderliche Höhe der Rücklage erhöhen sie tatsächlich immer weiter reduzieren.

Wir erinnern an die dringende Notwendigkeit der von uns schon beim der Entscheidung für die Investition in das Glasfasernetz geforderten Prioritätenliste für die zahlreichen Projekte in direktem Vergleich zur Entwicklung der Liquidität.

Um die im Haushaltsplan vorgesehenen 235 Mio. € Gewerbesteuer bei einem Hebesatz von 265% zu erreichen, müssen die Unternehmen einen Gewerbeertrag von ca. 2,5 Mrd. € erwirtschaften. Nach Abzug von Kreis-, Gewerbesteuer- und Solidaritätsumlage bleiben von den 235 Mio. € nach meiner Berechnung ca. 9 Mio. € in Monheim.

Im Haushaltsplan sieht es günstiger aus als es ist, auch da sich die höhere Kreisumlage ja erst in 1 ½ Jahren auswirkt. Das funktioniert auf die Dauer aber nur, wenn die Gewerbesteuer von

Jahr zu Jahr weiter steigt – eine sehr optimistische Annahme. Außerdem ist irgendwann schlichtweg kein Platz mehr für neue Firmenansiedlungen.

Um die gleichen 235 Mio. beim derzeitigen Satz von 285% zu erreichen, müssten die Unternehmen „nur“ 2,35 Mrd. erwirtschaften. Von den Gewerbesteuereinnahmen blieben in diesem Fall über 16 Mio. mehr in Monheim.

Ginge man davon aus, dass wir bei 285% nur 225 Mio. Gewerbesteuer einnehmen, wie für 2015 angesetzt, blieben immer noch 15 Mio. mehr als lt. Haushaltsplan in Monheim.

Beim Gewerbeertrag von ca. 2,5 Mrd. €, der bei einem Hebesatz von 265% zu Gewerbesteuereinnahmen von 235 Mio. € führt, würden bei 285% 253 Mio. € Gewerbesteuer anfallen. Davon blieben 18 Mio. mehr in Monheim als lt. Haushaltsplan.

Auch wenn meine Berechnungen etwas vereinfacht sind und die Solidaritätsumlage nur geschätzt ist, ist das Ergebnis eindeutig:
Würde der aktuelle Gewerbesteuersatz beibehalten, würden bei verschiedenen realistischen Vergleichsrechnungen mindestens 15 Mio. Einnahmen mehr in Monheim verbleiben als bei der vorgesehenen Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes!

Wir können und werden dieser Senkung auf 265% nicht zustimmen!

In welchem Umfang die Interessen anderer Städte bei unseren Planungen zu berücksichtigen sind, mag man unterschiedlich werten. Unbestreitbar ist allerdings, dass durch geringere Gewerbesteuerhebesätze, wo auch immer, das Gesamt-Steueraufkommen und damit das Geld, das den Kommunen insgesamt zur Verfügung steht, geringer wird - zu Gunsten der Unternehmen, die weniger Steuern bezahlen.

Die im Zuge der Gewerbesteuerdiskussion immer gerne genannte Stadt Eschborn bei Frankfurt hat übrigens gerade beschlossen, ihren Gewerbesteuerhebesatz von 280 auf 330% zu erhöhen.

Auch wir müssen uns schon bei unserem derzeitigen Steuersatz, aber erst recht bei einem noch niedrigeren, sehr intensive Gedanken darüber machen, wie wir denn zu reagieren gedenken, wenn unsere Steuereinnahmen nicht mehr steigen. Den Hebesatz weiter zu senken, geht dann in Zusammenhang mit den verschiedenen Umlagen nicht mehr. Bei 250% ist rechnerisch Schluss. Eine Wieder- Anhebung, auch in geringerer Höhe als jetzt in Eschborn, würde das Vertrauen der Unternehmen zerstören, wie der Bürgermeister in der HaFi-Sitzung völlig richtig bemerkte.

Dass wir uns wegen unseres geringen Steuersatzes in einer äußerst komfortablen Lage befinden, begrüßen wir auch. Aber wir sehen bei einer weiteren Senkung deutlich mehr Risiken als Chancen - in noch größerem Umfang als bei der von uns vor 2 Jahren auch schon abgelehnten Senkung auf 285%. Übrigens wurde auch dieser Satz schon als das der niedrigste sinnvolle dargestellt.

Da wir die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes für sinnlos und gefährlich halten, insbesondere im Zusammenhang mit der entgegen der zwingenden Notwendigkeit stetig sinkenden Liquiditätsrücklage, müssen wir den gesamten Haushalt ablehnen.

Dass wir dies tun, schmälert nicht unseren Respekt vor der Arbeit von Frau Noll, Herrn Krämer und ihren Kolleginnen und Kollegen in der Kämmerei.
Bei ihnen und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Verwaltung bedanken wir uns herzlich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.